

KGW's Rundschreiben

Deutschland in Europa und der Welt

Jährlich müssen die Eurostaaten den Haushaltsplan für das nächste Jahr, ein Wirtschaftsprogramm sowie ein fiskalpolitisches Stabilitätsprogramm in Brüssel vorlegen. Brüssel hat aufgrund der Coronakrise den „**Plan für Wiederaufbau und Widerstandskraft**“ aufgelegt. Wer eine schriftliche, umfangreiche Begründung formuliert, wird in den nächsten 7 Jahren eine nicht rückzahlbare Zahlung aus dem 310-Milliarden-Topf bekommen. Hinzu kommen 250 Mrd. Darlehen. Die Kommission hat bereits die Stückelung festgelegt:

Land	Transfer [€]
Italien	81,8 Mrd.
Spanien	77,3 Mrd.
Frankreich	38,8 Mrd.
Polen	37,7 Mrd.
Deutschland	28,8 Mrd.

Quelle: EU-Kommission (Handelsblatt 29.05.-01.06.2020)

Mit dem Geld soll die europäische Wirtschaft „digitaler, grüner und widerstandsfähiger“ gemacht werden. Die Empfehlungen aus Brüssel werden sicherlich nicht angenommen; Hauptsache ab 2021 fließen die Zahlungen. Die Tilgung soll von 2027 bis 2057 über neue europäische Abgaben erfolgen, die es bisher noch gar nicht gibt. In diesem Jahr sollen schon 11,5 Mrd. € ausgezahlt werden. Da man das Geld nicht hat, geht das aber nur über eine „Brückenfinanzierung“, sprich: Die Mitgliedstaaten müssen die anteiligen Beträge noch dieses Jahr in den EU-Haushalt einbezahlen. Dem deutschen Anteil von 27% (knapp 3 Mrd. €) hat der Bundesfinanzminister Olaf Scholz bisher noch nicht zugestimmt.

Als „Vordenker“ fungierten Angela Merkel, Emmanuel Macron mit Ursula von der Leyen und es entstand die Idee des Fonds „**Next Generation EU**“ (die Namensnennung ist treffend, denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen). Die Union stellt 500 Mrd. € zur Verfügung, hauptsächlich für die Südstaaten. Das reiche Deutschland müsste für 185 Mrd. € geradestehen, erhielte aber selbst aus dem Topf nur 29 Mrd. €. Rückzahlung ab 2028 – gesamte Laufzeit 30 Jahre. In einem „Abwasch“ hat man den „**Just Transition Fund**“ (EU-Gelder zum Klimaschutz) von 7,5 auf 40 Mrd. € aufgestockt. Der nächste EU-Sitzungstermin (18.06.2020) wird wahrscheinlich nur ein Geplänkel ohne Einigung. Ab dem 01.07.2020 übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft; dann wird sich zeigen, ab Angela Merkel alle unter einen Hut bringt (Zustimmung aller Staaten ist erforderlich).

Um ein möglichst großes Stück vom milliardenschweren Corona-Konjunkturkuchen der Bundesregierung zu bekommen, stehen die Lobbyisten bereits Schlange. Umfang (was verteilt wird): 353,3 Mrd. €. Kein Land hat bisher ein größeres Paket an Hilfsprogrammen aufgelegt wie Deutschland, nämlich 1,2 Billionen € (35% des Bruttoinlandsproduktes (BIP)). Der EU-Durchschnitt

liegt bei 25%; zum Vergleich die USA mit 14,5%. Mit gutem Netzwerk gibt es schnell Geld. Als Beispiel die defizitäre Deutsche Bahn, die seit Jahrzehnten kein Geld verdient hat, aber bereits eine erste Tranche von 4,5 Mrd. € bekam (die Rüge des Bundesrechnungshofs wird wahrscheinlich bei der DB nur mit einem Schmunzeln quittiert). Während die TUI einen Kredit von 1,8 Mrd. € bekam, ging die Konkurrenz leer aus. Die Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) Hildegard Müller hat zwar mächtig Druck gemacht, damit für alle Autokäufe (auch die mit Verbrennungsmotor) eine Prämie gezahlt wird; sie ist gescheitert. Ob die Reduktion der Mehrwertsteuer vom 01.07.2020 – 31.12.2020 (von 19% auf 16% und von 7% auf 5%) den „Wumms“-Effekt aus der Corona-Krise bringen wird, ist schon heute sehr zweifelhaft.¹ Wir bezeichnen das als Wettbewerbsverzerrung. Die großen Branchen haben Einfluss auf die Schaltstellen der Regierung.

Das Bundesfinanzministerium hat ein „Drei-Säulen-Modell“ vorgestellt:

1. Überbrückungshilfen für die Wirtschaft
2. Nachfragestimulierung (Kaufanreize / Steuersenkung)
3. „Transformatives Element“ (Investitionen für Wirtschaftsstandorte)

Im März dieses Jahres hat die Bundesregierung einen ersten Nachtragshaushalt von 156 Mrd. € auf den Weg gebracht; soeben den zweiten mit 62,5 Mrd. € (5 mal so viel wie 2008). Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik wurde ein solch hoher Schuldenberg aufgetürmt. Den will man über einen Zeitraum von 20 Jahren zurückführen. Voraussetzung dazu ist, dass der Bund ab 2023 jedes Jahr 5,9 Mrd. € an Schulden tilgt.

Wo wir gerade beim Geld sind. 2019 gab der Bund 23,1 Mrd. € für die Versorgung von **Migranten** aus bzw. um Fluchtursachen in anderen Ländern zu bekämpfen. Seit 2016 summieren sich die Kosten auf 87,3 Mrd. €. Zur Deckung der Asylkosten verfügt der Bund über eine Rücklage von 48,2 Mrd. €, die ursprünglich mit den Kosten aufgrund der Corona-Krise vermischt werden sollten. Davon ist man abgerückt und legt den Betrag als „Spardose“ zurück.

Was **Andrea Nahles** nach ihrem Abgang als Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD stets betonte (keine Rückkehr in die Politik), hat ihr Finanzminister Scholz ermöglicht. Die Stelle, um die es geht, wird nicht öffentlich ausgeschrieben und sie gilt als Abschiebebahnhof für unliebsame Beamte(-innen). Diese Behörde ist dem Bundesfinanzministerium nachgelagert und kümmert sich (mit 1.400 Mitarbeitern) ausschließlich um die Versorgung der Beamten der Deutschen Bundespost. Mit ihrem Dienstwagen (der ihr auch zur privaten Nutzung zur Verfügung steht) benötigt sie knapp 1 Std. von Bonn bis nach Hause. Wenn man in Deutschland ein gutes Netzwerk hat, wird man für diesen Posten mit 180-200.000 € jährlich honoriert. Wir glauben, dass sich niemand schämt, der an diesem „Spielfilm“ mitgewirkt hat.

Unfähigkeiten können wir überall beobachten. Unfähige Beamte, Ärzte, Richter, Politiker, Manager u.v.a.m.. In der Bundesliga kannte man gute Ballvirtuosens, die als spätere Trainer unfähig waren. Es ist ca. 45 Jahre her, als der Psychologe Laurence J. Peter und der Schriftsteller Raymond Hull die in 37 Sprachen übersetzte Studie „**Aufstieg zur Unfähigkeit**“ schrieben. Wenn man sich auf

¹ <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/viel-aufwand-hohe-kosten-diese-probleme-bereitet-die-mehrwertsteuer-senkung-dem-handel/25901158.html>

einer Position bewährt hat, wird man befördert. Manche (oder mancher) hätten dabei besser die Treppe statt den Lift genommen. Auf einer höheren Stufe der Hierarchie erwecken sie den Eindruck, alles zu wissen, haben aber keine Ahnung. Alle, die bereits gefallen sind, scheiterten an ihrer Eitelkeit, Geltungssucht oder Selbstüberschätzung. Auf der Spitze zur Pyramide wird es immer schmaler, sodass die damit verbundene Absturzgefahr entsprechend groß ist. Die Zeitungen schreiben dann von Trennung in „gegenseitigem Einvernehmen“. Es scheitern die, welche mehr Verantwortung übernehmen, als sie tragen können. Oder anders: Wer seine Grenze nicht kennt, dem wird sie aufgezeigt. Frauen behaupten sich in ihrer Karriereplanung durch Wissen, nicht aber durch Quoten. Personal- und Ausbildungsverantwortliche müssen durch professionelle Beförderungspraxis einen substantiellen Beitrag leisten, damit die oder der Richtige am richtigen Platz / Stufe wirken kann. Die politische Stellenbesetzung kann man (bis zum Kabinett der Minister) aufgrund der Unfähigkeit und Inkompetenz mancher Person nur mit Unverständnis zur Kenntnis nehmen. Dem Leser ist bekannt, über wen wir hier namentlich sprechen.

Mit der Corona-Krise sind wir bereits monatelang beschäftigt. Da es noch keinen Impfstoff gibt, sieht der Chef der Rückversicherung Swiss Re Christian Mumenthaler (wenn es keine zweite Welle gibt) ein bis zwei Jahre, in der die Weltwirtschaft sich halbwegs erholt. Die Bundesregierung will das Rennen um einen Impfstoff gegen das Corona-Virus gewinnen und steigt deshalb am deutschen Biotech-Unternehmen CureVac ein. Diese 23% Anteil werden mit 300 Mio. € über die staatliche Förderbank KfW finanziert. Unserer Meinung nach ist das nicht richtig, weil der Staat Regeln aufstellen sollte und nicht als Mitspieler fungiert. Unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Freiheit müssen Unternehmen Probleme in eigener Regie lösen. Das Meinungsforschungsinstitut Kantar kommt in einer Umfrage zum Ergebnis, dass sich nur 67% der Deutschen gegen Covid-19 impfen lassen würden, wenn wirklich ein Impfstoff zur Verfügung stehen würde (die Zustimmung bei den Briten liegt bei 78%, bei den Italienern bei 74%).

Was aber ist mit der „Baustelle“ **Brexit**? Die Scheidung EU und Großbritannien trat am 01.02.2020 in Kraft. Bis Jahresende 2020 müssen sich London und Brüssel über Handelsabkommen und andere Verträge einig sein, die ab 01.01.2021 gültig werden. Verhandlungen (auf jeder Seite gibt es ca. 100 Beamte) leiden darunter, dass man nur per Videokonferenz tagen kann. Eines ist sicher: Dieses politische Momentum wird zwei Verlierer haben. Für viele ist der Austritt GBs der Anfang vom Ende der EU. Die verliert ihre zweitgrößte Volkswirtschaft und ebenso großen Nettozahler. Deutschland verliert einen wichtigen Handelspartner; gemessen an der Wirtschaftskraft kann man den Brexit gleichsetzen mit dem Austritt von 19 der kleinsten 28 EU-Länder. Für die EU wäre es wirtschaftlich besser gewesen, wenn die kleinsten 19 Länder ausgetreten wären statt GB. Mit den British Armed Forces verliert man eine der stärksten Armeen Europas. Deutschlands Handelsüberschuss gegenüber GB betrug 2017 knapp 47 Mrd. €. Bei uns hängen ca. 750.000 Arbeitsplätze vom Handel mit GB ab (wichtigste Branchen: Autoindustrie, Chemie- und Pharmaindustrie). Die jetzigen Lieferketten werden wahrscheinlich künftig unterbrochen. An den Grenzen werden sich die LKW-Kolonnen stauen. Die Folge sind Produktionsausfälle. Die Industrie- und Handelskammer (DIHK) hat 3 Mrd. € Zollkosten und 200 Mio. € für Zollformalitäten errechnet. GB ist mit 16,5 Mrd. € (von April 2019 bis Dezember 2020) zweitgrößter Nettozahler in den „Haushaltstopf“ der EU (Nr. 1 = Deutschland). Der o.g. Betrag muss auf die verbleibenden Mitglieder verteilt werden oder aber die EU speckt kostenmäßig ab (was nicht zu erwarten ist). Für Deutschland bedeutet das bis Ende 2020 eine Mehrbelastung von ca. 4,2 Mrd. €. Sehr teuer wird für Deutschland

die Sperrminoritätsregel innerhalb des EU-Rates², weil nach dem Austritt GBs das Gleichgewicht innerhalb der EU dahingehend geändert ist, dass die südeuropäischen Länder die Länder Nordeuropas nun überstimmen können (Stimmanteil Länder Nordeuropas nach dem Brexit 30%, südeuropäische Länder 43%).

Was glaubt der Leser dieser Info, auf wen man zeigt, wenn es bei dieser Konstellation in Europa um Zahlungen von Rechnungen geht? Deutschland wird auch künftig mit über 160 Ländern der Welt Geschäfte machen, die kein EU-Mitglied sind. Der Brexit wird für die Briten ohne Zweifel viel Negatives bringen. Der IWF (Internationaler Währungsfond) prognostiziert nach dem Brexit für die britische Wirtschaft ein Minus des BIP (Bruttoinlandsprodukt) von ca. 4%. Das bedeutet Rezession, Anstieg der Arbeitslosenzahl, Abwertung des britischen Pfundes und Inflation. Wir Deutsche sollten uns auf eine künftige hohe Kostenbelastung aufgrund der Trennung einstellen. Soeben ist in einem Spitzengespräch auf EU-Basis mit dem britischen Premierminister Boris Johnson nichts Weiteres herausgekommen, als eine absolute Verhärtung der Positionen. Bereits heute ist schon sicher, dass der Beitrag der Bundesregierung (an die EU) ab 2021 erheblich steigen wird (bisher noch unbestätigt: auf über 41 Mrd. €).

Der britische Schriftsteller, Maler und Sozialphilosoph **John Ruskin** (8. Februar 1819 in London; † 20. Januar 1900 in Brantwood, Lake District in Cumbria) hat schon vor knapp 200 Jahren das beschrieben, was wir heute auf gut Deutsch als „Value-Selling“ und „Value-Pricing“ bezeichnen.

Aber lesen Sie selbst: „Es gibt kaum etwas auf dieser Welt, das nicht jemand ein wenig schlechter machen und etwas billiger verkaufen könnte. Und die Menschen, die sich nur am Preis orientieren, werden die gerechte Beute solcher Machenschaften. Es ist unklug zu viel zu bezahlen, aber es ist genauso unklug zu wenig zu bezahlen. Wenn Sie zu viel bezahlen, verlieren Sie etwas Geld, das ist alles. Bezahlen Sie dagegen zu wenig, verlieren Sie manchmal alles, da der gekaufte Gegenstand die ihm zugedachte Aufgabe nicht erfüllen kann. Das Gesetz der Wirtschaft verbietet es, für wenig Geld viel Wert zu erhalten ... Das funktioniert nicht. Nehmen Sie das niedrigste Angebot an, müssen Sie für das eingegangene Risiko etwas hinzurechnen. Wenn Sie das aber tun, dann haben Sie auch genug Geld, um für etwas Besseres zu bezahlen.“³

Zum Schluss einige Worte zum Objekt der Begierde für uns Deutsche. Das Blatt hat sich gewendet, denn **Klopapier** ist in den Verkaufsregalen wieder verfügbar. Das hätte sich der Schwabe Hans Klenk nicht träumen lassen, als er 1928 sein Produkt „Hakle“ in Düsseldorf-Reisholz auf die Rolle brachte. Wem es nicht bekannt ist, sollte wissen (das sollte niemandem am Allerwertesten vorbeigehen), Klopapier ist so lange fest, bis es mit Wasser in Berührung kommt und dann zerfällt. Bei Küchenrollen ist es umgekehrt. Daher führen diese zur Verstopfung im Leitungssystem. Wer mehr wissen möchte, besucht die Ausstellung (bis Februar 2021) in der „Papiermühle Alte Dombach“⁴. Während der Corona-Krise, verbunden mit den entsprechenden Schutzmaßnahmen, sollte jeder von uns zeigen, dass er etwas „auf der Rolle“ hat.

² Um einen Beschluss zu verhindern, sind mindestens vier Mitgliedsstaaten erforderlich, die mehr als 35% der EU-Gesamtbevölkerung stellen.

³ Quelle: <https://www.roll-pastuch.de/de/news/blog/post/das-gesetz-der-wirtschaft-verbietet-es-fuer-wenig-geld-viel-wert-zu-erhalten>

⁴ Infos: www.industriemuseum.lvr.de

Die Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Die Sommermonate zeigen jedes Jahr eine saisonale Schwäche, die sich in diesem Jahr durch die Corona-Pandemie verstärkt. Aktuell wären nicht nur europäische Edelstahlhersteller glücklich, wenn ihre Auftragsbücher voller wären. Schon der römische Meister der Satire Juvenal schrieb über den „Schwarzen Schwan“⁵, welcher von Nassim Nicholas Taleb (Finanzmathematiker und Spezialist für Anlagestrategien) als ein unvorhergesehenes Ereignis beschrieben wurde, welches der wirtschaftlichen Entwicklung eine entscheidende Wende gibt.

In Indonesien wurden bereits für einige Rohstoffe monatliche Referenzpreise festgelegt; Mitte Mai dieses Jahres auch für Nickel. Die Mindestpreise dürfen um maximal 3% unterschritten werden. Die Preis- und Bestandsentwicklung an der LME, London zeigt die nachstehende Tabelle. An eine wesentliche **Ni**-Preisveränderung glauben wir in den nächsten Wochen nicht. Dem **Ferromolybdän**-Preis kann man im Augenblick nicht so recht trauen. Einen klaren Preistrend kann man nicht erkennen; deswegen sollte man diesen Rohstoff besonders beobachten. Die **Ferrochrom**-Preise werden bekanntlich quartalsweise festgeschrieben. Für das dritte Quartal dieses Jahres sind kaum Preisänderungen zu erwarten. Bis zur nächsten Ausgabe unserer monatlichen Information sehen wir bei den Preisen für Rohstoffe zur Herstellung rost- und säurebeständiger Edelstähle nur unwesentliche Veränderungen und deshalb wird der August-LZ ähnlich wie Juli ausfallen.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME to	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg
03.01.2017	1,0416	10.205	10.270	372.066	982
02.01.2018	1,2005	12.690	12.730	366.612	1.052
02.01.2019	1,1448	10.440	10.530	206.400	915
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
03.02.2020	1,1093	12.750	12.850	196.854	1.152
02.03.2020	1,1026	12.440	12.510	235.368	1.119
01.04.2020	1,0992	11.220	11.288	228.768	1.026
01.05.2020	1,1094	11.853	11.916	230.712	1.080
02.06.2020	1,1125	12.680	12.751	232.812	1.135
24.06.2020	1,1338	12.510	12.577	233.562	1.109

⁵ Veröffentlichung 2007

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2019		2019		2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	12/19	557	01/19	664	569	576	562	557	594	609	598	↑				
4301	02/19	1.228	11/19	1.730	1.437	1.448	1.369	1.296	1.278	1.363	1.356	↑				
4404	02/19	1.903	10/19	2.594	2.095	2.112	2.074	1.935	1.852	1.969	1.922	↑				
4509	12/19	688	01/19	797	700	706	695	690	725	739	729	→				
4521	12/19	983	05/19	1.221	1.004	1.014	1.058	1.015	1.008	1.031	982	↓				
4539	02/19	3.358	10/19	4.827	3.806	3.836	3.763	3.478	3.272	3.503	3.421	↑				
4571	02/19	1.925	10/19	2.635	2.125	2.143	2.102	1.961	1.876	1.996	1.949	↑				

Legierungszuschläge Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2019		2019		2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	11/19	668	01/19	797	683	690	674	669	713	730	717	↑				
4301	02/19	1.474	11/19	2.075	1.724	1.737	1.642	1.555	1.534	1.635	1.628	↑				
4310	02/19	1.390	11/19	1.917	1.607	1.619	1.534	1.456	1.442	1.534	1.524	↑				
4404	02/19	2.283	10/19	3.113	2.514	2.536	2.488	2.323	2.222	2.363	2.306	↑				

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2019		2019		2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	10/19	290	04/19	355	290	290	280	290	290	300						
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	01/19	940	08/19	1.110	950	990	850	880	940	960						
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	01/19	1.420	08/19	1.610	1.460	1.470	1.330	1.300	1.350	1.390						

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team